

Zukunftslobby e.V.

PDF-Publikation Nr. 6

Diesen Text können Sie auf der Website www.zukunftslobby.de gegen eine freiwillige Spende in Höhe von 2,50 Euro herunterladen. – Textumfang: 12 Seiten.



Wir bitten zu beachten: Der Text ist ausschließlich zur Argumentation in der öffentlichen Diskussion bestimmt. Er darf, ob ganz oder in Teilen, nicht für kommerzielle Zwecke oder zum persönlichen Vorteil genutzt werden. Seine Verbreitung ist unter Angabe der Quelle, gerne auch gegen eine Spende, ausdrücklich erlaubt. (Es gelten die Copyright-Bestimmungen von Zukunftslobby e. V.).

„Über-Kolumne“, Teil 1 (10/2011 bis 8/2012)

Eine Textreihe zu Politik und Gesellschaft von Carl Christian Rheinländer sen. (Erschienen von Oktober 2011 bis September 2017 im „Hunsrückspiegel“)

Über das allgemeine Unbehagen (Oktober 2011)

Es gibt viele Gründe für Unbehagen in unseren Köpfen. Ein Schüler hat morgen eine wichtige Klassenarbeit zu schreiben. Ein Arbeitnehmer ist für den nächsten Tag zur Personalabteilung bestellt. Ein Anderer hat sich endlich aufgegriffen, nach monatelangen Schmerzen im Bauchbereich zum Arzt zu gehen. Ein weiterer steckt tief in finanziellen Schwierigkeiten und hat täglich Angst vorm Inhalt seines Briefkastens, vor neuen Rechnungen und Mahnungen. Über diese persönlichen Beispiele hinaus gibt es aber auch ein Unbehagen, das wir, die Bürger in diesem modernen Industrieland Deutschland, mehr oder weniger alle empfinden. Es hängt zusammen mit einem Strom ständiger, nicht versiegen wollender schlechter Nachrichten, bzw. vom bedenklichen Beigeschmack alltäglicher Nachrichten aus nahezu allen Bereichen in Politik und Gesellschaft.

Wir spüren: Da läuft doch etwas gründlich in die falsche Richtung, können es aber als Laien nicht richtig erfassen. Immer öfter meinen wir: Da wird uns die volle Wahrheit verschwiegen. Nur scheinbarweise und ausgesucht sagt uns die Politik und berichtet auch unsere Zeitung, was eigentlich Sache ist.

Dass Parteipolitiker uns manchmal belügen, ist ja nicht neu. Eigentlich sollen sie für Sicherheit und Stabilität sorgen, sollen verhindern, dass das Volk in ein Verhängnis hinein schlittert, sei es nun ein finanzielles, ein soziales, ein ökologisches, ein außenpolitisches oder sonst irgendeines. Doch immer öfter überlegen wir, ob diese von uns beauftragten und bezahlten Leute ihre Aufgabe noch erfüllen, ja ob sie diese überhaupt erfüllen KÖNNEN.

Was ist, wenn wir unsere Kommune, den Staat oder den von oben erdachten Europaentwurf nur mit immer neuen Schulden stabil halten können? Ist hiermit der zwangsläufige Bankrott, nicht nur für Länder wie Griechenland, Italien, Irland, Slowenien, Spanien, usw., sondern auch für Deutschland nicht ebenfalls schon unvermeidlich?

Was ist davon zu halten, wenn wir zu immer höherem Konsum angehalten werden, damit die Wirtschaft wächst und die Konjunktur steigt? Gleichzeitig mahnen die Wissenschaftler, dass der Verbrauch von Rohstoffen und Energie zur Erzeugung von Konsumgütern unsere natürlichen Lebensgrundlagen immer weiter zerstört.

Wie ehrlich ist unsere Arbeitslosenstatistik? 3 Millionen Menschen seien ohne Arbeit, heißt es offiziell. Früher, bevor man die Arbeitsstelle „Job“ nannte, brachte sie so viel Geld ein, dass man ohne Unterstützung anständig leben konnte. Rechnet man heute zu den offiziellen Arbeitslosen auch die Über-58-jährigen hinzu und jene in Umschulungsmaßnahmen, ebenso

Leiharbeiter, Aufstocker und die 6 Millionen voll arbeitenden Minilohnjobber unter 834 Euro brutto, kommt man auf eine Zahl von annähernd 12 Millionen Deutschen, denen unser Wirtschaftssystem keine vernünftige Arbeit mehr anbieten kann.

Öffentlich äußern Politiker sich zu solchen Widersprüchen immer in einer besonderen Politikersprache. Die Wähler sollen denken: So flüssig und sicher wie der spricht, mit Fachausdrücken und fremder Wortwahl, muss er ja den Durchblick haben. Unser Unbehagen aber fragt: Der redet nur geschwollen, sagt aber gar nichts, hat der vielleicht überhaupt keine Ahnung?

– Schließlich wird aus dem Zweifel eine Erkenntnis, nämlich: Politiker wissen nicht, wo es lang geht. Sie sind dreist wie halbblinde Bergführer, die sich für eine Wandertour bezahlen lassen, aber das Gelände gar nicht kennen. So muss die arme Wandergruppe, statt auf sonnigen Pfaden zu spazieren, über Felsabhänge kraxeln, durch Dornengestrüpp kriechen, durch Sumpflöcher waten, Gebirgsbäche durchschwimmen und Geröllhalden hinunterstürzen. Zuletzt bleibt die Frage: Wenn unser Unbehagen über die Politik berechtigt ist und die Erkenntnis folgt, dass die Politik die Gegenwartsprobleme nicht löst, sondern eher ein Teil der Probleme ist, was dann? Müssen wir, das Volk, da nicht dringend mehr unternehmen, als nur behäbig weiter wählen zu gehen?

Über Wirtschaftswachstum (November 2011)

Es vergeht wohl kaum ein Tag, an welchem Politiker nicht alle möglichen politischen Entscheidungen mit der Behauptung begründen, damit könne das Wirtschaftswachstum gesteigert werden. Der dickste Hammer kursiert derzeit bezüglich der Finanzkrise in Europa. Mit Wirtschaftswachstum, so erzählen Politiker unentwegt, könne die Gesellschaft aus diesem Schuldenschlamassel wieder heraus kommen. Und nur mit neuen Schulden bzw. Krediten ließe sich die Wirtschaft wieder ankurbeln. Auch käme mit hartem Sparkurs etwa Griechenlands Wirtschaft wieder auf die Beine, und man könne so dann irgendwann einmal die Hunderte von geliehenen Milliarden zurückzahlen. Um das Wachstum nicht zu gefährden, müssten für die armen Banken, die sich wieder verzockt haben, vor dem ersten Staatsbankrott noch schnell neue Schutzwälle aus Steuermilliarden her.

Ohne wirtschaftliches Wachstum, so erzählt man dem Volk außerdem, seien Wohlstand und Fortschritt in Gefahr, würden Arbeitsplätze verschwinden, wäre Umweltschutz nicht zu finanzieren, verarme die Bildung, hätten Drittweltländer keine Entwicklungschance, usw. Nur durch Wachstum mache die Wirtschaft mehr Gewinne und könne in neue Arbeitsplätze, wettbewerbsfähigere Anlagen und in die Entwicklung neuer Produkte investieren. Nur durch Wachstum könnten die Menschen mehr verdienen und mehr konsumieren, könnten die Staatseinnahmen steigen und gleichzeitig die krisenbedingten Ausgaben sinken, wie Arbeitslosengelder, Rentenzuschüsse und andere soziale Rettungssubventionen. Am Ende soll wohl dann das Paradies kommen aus einer sich selbst ständig befruchtenden Heilsspirale.

So weit die Ideologie, oder sagen wir, die Träumereien sämtlicher Anhänger des geltenden Wirtschaftssystems. In Wahrheit hat das Dogma vom Wirtschaftswachstum mindestens zwei entscheidende Haken:

Erstens werden die spürbaren Wachstumsphasen seit gut drei Jahrzehnten ständig kürzer und die Prozentpunkte mickriger. Die finanziellen Erträge in diesen Phasen sind angesichts der steil wachsenden Probleme auf allen gesellschaftlichen Ebenen winzig, ja wahrhaft Tropfen auf heiße Steine. Beispielsweise kann im Haushaltsjahr 2011 damit nur ein Bruchteil der trotz Aufschwungs notwendigen NEUverschuldung erübrigt werden.

Und zweitens: Alle Prozesse, die zu Wirtschaftswachstum führen, haben gewaltige

Nebenwirkungen. Kein Gesetz zwingt die wirtschaftlich Handelnden, diese Nebenwirkungen in eine Gesamtrechnung einzubeziehen. Deshalb können sie ganz legal auf die Allgemeinheit abgewälzt und in die Verantwortung unserer Kinder und Kindeskiner verschoben werden. Fachleute sagen: Die Nebenwirkungen werden externalisiert. Was wir heute an Krisen haben, ist nichts anderes, als die Summe oder die unübersehbar gewordenen Zuspitzungen aller Nebenwirkungen aus der Vergangenheit unseres Wirtschaftssystems.

Immer größer wurde der Haufen aus externalisierten Schäden, den wir vor uns her schieben. Nur mit größter Mühe und Kosten kommen wir überhaupt noch vorwärts. Irgendwann geht schließlich gar nichts mehr.

Wenn Politiker, Lobbyisten und Bankmanager, wenn sogenannte Wirtschaftsweisen, viele Zeitungskommentatoren, Gewerkschaftssprecher und auch etliche Schlauberger an Stammtischen über die Notwendigkeit von Wirtschaftswachstum reden, sollten wir uns folgende Situation vorstellen: Unsere Volkswirtschaft ist wie ein schwerkranker Patient auf der Intensivstation im Krankenhaus. Er wurde vergiftet durch jahrelange Einnahme eines schädlichen Stoffes namens Wirtschaftswachstum. Als Ärzte stehen die Vertreter der oben genannten Interessengruppen um das Bett herum und empfehlen allen Ernstes, nur durch weitere und verstärkte Einnahme desselben Giftes, könne der Patient wieder gesund werden.

- So sieht es aus, deshalb muss die gegenwärtige Industriegesellschaft zwangsläufig scheitern, sofern wir nicht endlich Abschied nehmen vom Kapitalismus, und ein Wirtschaftssystem entwickeln, bei welchem Qualität, Bewahrung, Regionalität, echte Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit die obersten Rechengrößen sind.

Über die Nebenwirkungen des Wirtschaftssystems (Dezember 2011)

Nicht nur wenn die Wirtschaft wächst, sondern unaufhörlich und untrennbar, verursacht sie im Rahmen der momentan geltenden ökonomisch-politischen Regelungen enorme Schäden an der Allgemeinheit und schwere Probleme für die Lebensbedingungen in der Zukunft.

Gegenüber den unmittelbarsten und offensichtlichsten Nebenwirkungen jeder wirtschaftlichen Unternehmung gibt es zwar Gesetze und Regeln, welche die Entstehung möglicher Schäden verhindern sollen. Beispielsweise: Emissionsauflagen für Fabriken, soziale Mindeststandards für Beschäftigte, Wasserrichtlinien, Abfallgesetze, Gesundheits- und Hygienevorschriften, Kartell-, Finanz- und Insolvenzgesetze, Waffenexportverbote, usw.. Diese werden meist angenommen und befolgt, weil es den Unternehmer anderenfalls teuer zu stehen käme. Die Kosten dafür rechnet er jeweils in seine Gesamtbilanz, bzw. in den Warenpreis ein.

Darüber hinaus aber gibt es schädliche Nebenwirkungen, die erst über größere Zeiträume oder Entfernungen spürbar werden, bzw. sich über andere unübersichtliche Umwege auswirken. Hier lassen sich Zusammenhänge abstreiten und angemessene Regulierungen verhindern.

Ganz grob kann man diese in vier Gruppen einteilen, in ökologische, finanzielle, soziale und in politische Schäden. Ökologischen Schäden (1) sind die immer dramatischer werdenden Umweltprobleme, also die Entwertung und Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen von uns Menschen. Die finanziellen Schäden (2) sind das reale Ergebnis davon, dass unser Wirtschaftssystem nur mit Schuldenmachen funktioniert und Geld immer zu Geld fließt. Die sozialen Schäden (3) sind alle negativen Alltagsveränderungen für jeden Einzelnen und für die Gesellschaft. Die politischen Schäden (4), bisher wenig beachtet weil nur sehr indirekt wirkend, sind alle innen- und außenpolitischen Verschärfungen unserer Lebenswirklichkeit.

Ein jegliches Produkt, welches wir konsumieren, ob Ware, ob Dienstleistung, ob im Inland oder im Ausland hergestellt, verursacht zwangsläufig über den gesamten Bereitstellungsweg hinweg mehr oder weniger Schäden dieser vier Kategorien.

Die Erklärung für diese, zunächst befremdend wirkende Feststellung, ist ganz einfach: Wenn ein Produzent zur Herstellung eines Produkts durch die Verursachung eines Schadens einen Wettbewerbsvorteil bekommen kann, und er für diesen Schaden NICHT haften muss, dann wird er diesen Schaden auch verursachen. Alle seine Mitkonkurrenten tun das Gleiche. So ist im gegenwärtigen Wirtschaftssystem die Verursachung von Schäden, die auf die Allgemeinheit oder in die Zukunft abgewälzt, also externalisiert werden können, stillschweigend zum bedeutendsten Produktionsfaktor geworden.

Einige Problembeispiele und Stichworte hierzu:

(1): Klimaerwärmung, Meeresverschmutzung, Bodenverseuchung, Trinkwasserverknappung, Landschaftsverbrauch, radioaktiver Abfall, Artensterben, usw. (2): Geldfluss einspurig von arm zu reich, von Region zu Metropole, von Staatseigentum zu Finanzmarktbesitz, von öffentlicher Daseinsfürsorge zu Zins- und Gläubigerdienst, (3): Massenhafter Mangel an guten und vernünftig bezahlten Arbeitsplätzen, Pflegenotstand, Erosion des Gesundheitssystems, Zunahme von Zivilisations- und psychischen Krankheiten, Verarmung und ökonomische Fixierung im Bildungssystem, Degradierung unserer Kinder zu folgsamen Konsumenten überflüssiger Industrieprodukte, Ausgrenzung ökonomisch nicht brauchbarer Mitbürger, usw. (4): zunehmende Gewalt, Korruption, Zerfall von Moral, Solidarität und Demokratie, Verblödung durch Medien- und Konsumerbesetzung, Terrorismus, Flüchtlinge, Piraterie, usw.

Momentan sehen wir nur die finanzielle Schuldenkrise, und wie nach Griechenland, Italien usw. auch Deutschland am Ende fällig sein könnte. Der Bankrott auf den anderen drei Feldern, auf welchen wir uns ebenfalls immer stärker „verschulden“, wird aber kein Knall sein, sondern ein allmählicher, bitterer Zerfall jeglicher Normalität. Hier wäre energisches Handeln wesentlich wichtiger. Doch die Politik ist weit davon entfernt, das Wirtschaftssystem so radikal neu zu regeln, dass keine Schäden mehr verursacht und externalisiert werden. Immerhin verdienen ja einige mächtige Leute daran prächtig, und - noch glaubt das Volk die Illusion von Wohlstand.

Über den Begriff Wohlstand (Februar 2012)

Dem Volk Wohlstand zu versprechen, bzw. die Gefährdung des Wohlstands durch andere Parteien lautstark zu befürchten, erhöhte immer schon die Wiederwahlchancen für Politiker. Dabei ist Wohlstand doch ein recht schwammiger, ja sogar ein sehr zwiespältiger Begriff.

In seiner grundlegendsten Bedeutung, also als Befriedigung der wichtigsten Lebensbedürfnisse eines jeden, wird Wohlstand von keinem in Frage gestellt. In der frühen Bundesrepublik beispielsweise strebten alle einen selbstverständlichen Mindeststandard an, etwa für jeden Obdach und genug zu essen, eine Verdienstmöglichkeit aus eigener Arbeitskraft, Alltagsstabilität, Rechtssicherheit, verlässliche Perspektiven für die Zukunft oder auch, sich etwas leisten zu können, was das Leben erleichterte und angenehmer machte.

Doch sehr früh schon wurde auch Kritik laut. Ludwig Erhard, Mitbegründer der sozialen Marktwirtschaft, sagte 1957: "Wir werden mit Sicherheit dahin gelangen, dass zu Recht die Frage gestellt wird, ob es noch immer richtig und nützlich ist, mehr Güter, mehr materiellen Wohlstand zu erzeugen, oder ob es nicht sinnvoller ist, unter Verzichtleistung auf diesen „Fortschritt“ mehr Freizeit, mehr Besinnung, mehr Muße und mehr Erholung zu gewinnen." Und was Erhard befürchtete, ist eingetroffen. Während heute nur noch der Konsum neuer Produkte und Bequemlichkeiten als Wohlstand gilt, ist Zufriedenheit ohne viele Dinge total uncool und verpönt und wird gar der Faulheit und der Erfolglosigkeit verdächtigt.

Vom Trend zu materiellem Wohlstand profitiert kurzfristig die ganze Wirtschaft. Unseren Alltag hat sie weitgehend in eine Dauerwerbeveranstaltung verwandelt. Massiv, und mit

Billigung der Politik, zapft sie unser Unterbewusstsein an, um immer mehr Ersatzbefriedigungen für fehlendes Glück unters Volk zu bringen.

Die Nachricht von Ende Dezember 2011, der private Konsum in Deutschland sei ungewöhnlich hoch gewesen und hätte die Konjunktur im Plus gehalten, ist für Geschäftemacher und Anhänger der Wachstumsideologie eine gute Nachricht. Langfristig aber und genauer betrachtet sagt dies nichts anderes aus, als dass wieder einmal mehr Ressourcen verschwendet, mehr Umweltzerstörung verursacht und mehr Müll produziert wurde, und die Leute aus Mangel an Zufriedenheit, Lebensqualität und Zukunftshoffnung zunehmend in den Konsum flüchteten.

Die Parole heißt: „All you can eat!“, statt „Simplify your life!“, also, „Iss soviel du kannst!“, statt „Vereinfache dein Leben!“ Wer viel kaufen will braucht aber mehr Geld, muss also mehr arbeiten, hat weniger Zeit für sich und die Familie, für soziales Engagement und politische Einmischung, hat mehr Stress, mehr Gesundheitsrisiken und sonstige Folgeprobleme.

Reicht es nicht, unsere Wünsche und Bedürfnisse an den ökologischen Grenzen des Planeten zu orientieren? Heißt Freiheit im Wohlstand nicht eher, auf der Arbeit und gegenüber anderen Alltagszwängen öfter mal nein sagen zu können, ohne Nachteile befürchten zu müssen? Heißt Wohlstand nicht beispielsweise auch, dass unser Arzt uns durchaus auch mal eine Stunde zuhören kann und eine Schwester im Krankenhaus nicht 10 sondern nur 3 Patienten betreuen muss? Heißt Sicherheit im Wohlstand nicht auch, in Würde alt werden zu können und nicht im Pflegenotstand irgendwo vertrocknen zu müssen? Ja ist als Wohlstand nicht auch zu verstehen, dass das Volk den Bundespräsidenten bestimmt, statt dass Regierungsparteien dort stets einen ungefährlichen Getreuen aus den eigenen Reihen installieren?

Momentan sind wir eher in der Rolle des Esels, dem an Stock und Schnur eine Möhre vor der Nase baumelt. So emsig wir auch weiter traben, um die Wohlstandsrübe zu erwischen, wir tragen nur den Reiter zu seinem Ziel. Dabei zertrampeln wir alles, was unter uns von selber wächst und womöglich viel besser schmeckt. Wir sollten überlegen, stehen zu bleiben, den Ballast abzuwerfen und uns nach unten zu den saftigen Kräutern zu bücken.

Die Blase aus –Wohlstand durch Konsum- wird, allem Politikergeschwafel zum Trotz, ohnehin bald platzen, sei es aus ökologischen oder aus finanziellen Gründen. „Blöd, wer“ bis da nur fürs Einkaufen gelebt hat.

Über die Ausbeutung unserer Kinder (März 2012)

Auf ihrer Suche nach neuen Profitmöglichkeiten haben bestimmte Firmen seit einigen Jahren zunehmend unsere Kinder ins Visier genommen. Vom frühesten Alter an werden diese bereits auf den Konsum entsprechender Produkte getrimmt. Stolz verkündet die Werbebranche auf Kongressen, dass bereits 18 Monate alte Babys Marken erkennen können. Die Spielzeug- und Kindermedienbranche steuert zunehmend das Verlangen junger Menschen. Auf Wunschzetteln finden sich meist grellbunte Monster, Schusswaffen für Plastikkugeln, rosa Modelpuppen oder bizarre Helden und Bösewichte angesagter Filme und Serien. Vor lauter Hässlichem, Gewalttätigem, Kitschigem, Lautem und Vorgefertigtem bleibt in dieser Scheinwelt kaum Platz mehr für die Wirklichkeit, die eigene kindliche Fantasie und die individuelle Persönlichkeitsentwicklung.

Zur Plastikphase kommen die Jahre der „elektronischen Phase“ (Susanne Gaschke in „Die verkaufte Kindheit“). Internet und Smartphone, spezielle Fernsehkanäle und Sendungen, Computerspiele und sogenannte soziale Netzwerke rauben den Jugendlichen jede Zeit, die neben Schlafen und Schulbesuch noch übrig bleibt. Die Aufnahme von Pommes, Pizza, Nutellabrötchen und Zuckergetränken wird oft nebenbei am PC erledigt.

Doch nicht nur ihr Taschengeld und ihre Freizeit geben die Jugendlichen weg. Immer mehr Jugendforscher, Pädagogen und Ärzte schlagen Alarm, weil sie die junge Generation um ihre Kindheit beraubt sehen. „Kinder brauchen menschliche Zuwendung, ... brauchen ausreichend gesunde Nahrung ... Zeit zum Spielen, Bewegungsmöglichkeiten und frische Luft. Sie brauchen ausreichend Schlaf... brauchen die Sicherheit geliebt zu werden. Sie brauchen Zeit, Aufmerksamkeit, Gespräche.“ (Gaschke) Die Verkürzung kindlicher Entwicklungsphasen, also das Erwachsenmachen vor der Zeit, hat schlimme Nebenwirkungen. Als Folge werden immer mehr Kinder sehr dick oder sehr mager, erscheinen unaufmerksam, unzugänglich und zappelig, haben Angststörungen, sind depressiv oder werden gewalttätig.

Die meisten Eltern fühlen sich weitgehend machtlos gegenüber dem Verlust ihrer Autorität. Andere haben gegenüber ihrem eigenen fremdbestimmten Alltag schon kapituliert und selbst die Flucht in den Konsum angetreten. Wie sollen Kinder und Jugendliche noch Halt bei Erwachsenen finden, die der Sinnkrise der Gesellschaft nicht mal mehr Argumente entgegen setzen können? Andere Eltern versuchen zeitgeistkonformes Spielzeug und elektronische Medien zu beschränken und werden als rückwärtsgewandt abgestempelt. Ihre Kinder müssen ohne Markenklamotten, Logos und Hardware das Mobbing ihrer Mitschüler ertragen.

Und unser Bildungssystem, - kann es die Gefahren für die junge Generation ausgleichen? Statt an Schulen Leistungsbereitschaft und Durchhaltevermögen zu entwickeln, statt individuelle Fähigkeiten zu finden und zu stärken und achtsamen Umgang miteinander und Gemeinsinn zu üben, sind Schulen immer noch Orte der Fehlersuche, der Entmutigung, des Misserfolgs und der mangelnden Unterstützung. Schulabgänger sind immer häufiger untauglich für eine Berufsausbildung. An den Unis bedient man dafür mit Exzellenzinitiativen und Eliteprogrammen absurde Effizienzphantasien, erfüllt die Wünsche der Industrie nach willigen Nachfolgern und unterzieht die Lehre wirtschaftskonformen Ertüchtigungen.

Viele Lehrer und Jugendarbeiter durchschauen dieses Drama um die junge Generation. Gerne würden sie unbehelligt, behutsam und individuell unterrichten und die Schule als Lebens- und Erfahrungsraum gestalten, bzw. außerschulische Betreuungen entwickeln. Aber ihnen sind durch bürokratische, ideologische und finanzielle Fesseln die Hände gebunden.

Dieser großangelegte Kindesmissbrauch aus Profitgründen beschädigt am Ende nachhaltig die gesamte Gesellschaft. Unsere Volkswirtschaft begründet sich vor Allem auf Wissen und braucht phantasievolle Ingenieure, unabhängige Naturwissenschaftler, motivierte Handwerker und andere eigenständig denkende Spezialisten. Wenn Deutschland seinen Nachwuchs weiter dem Konsumterror aussetzt und verpfuschen lässt, wo sollen dann die Leute herkommen, die Deutschland für eine bessere Zukunft dringend braucht?

Über Leistungsträger der Gesellschaft (April 2012)

Immer mal wieder wird von Politikern in der Öffentlichkeit über die „Leistungsträger der Gesellschaft“ gesprochen. Je nachdem, welche Partei sich gerade dazu äußert, können damit völlig unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen gemeint sein.

Dass die FDP die Partei der Besserverdienenden und Wirtschaftseliten ist, hat sich mittlerweile herumgesprochen. Trotz gegenteiliger öffentlicher Beteuerungen werden mit FDP-Steuersenkungsvorschlägen am Ende immer vor allem die reichsten Leute begünstigt. „Leistung soll sich wieder lohnen.“ plakatierte die FDP zur letzten Bundestagswahl, und man wunderte sich, wie viele naive Wahlberechtigte darauf hereinfelen und dachten, ihre eigene Leistung könnte gemeint sein.

Auch die CDU pflegt gerne das alte Klischee: Würden die Reichen nur entsprechend „entlastet“, ginge es der Gesellschaft besser, bzw. würde man sie stärker belasten, wäre dies

schlecht für die Wirtschaft.

Das Verständnis der SPD schließlich von Leistungsträgern ist zumindest schwammig. Traditionell erklärt sie die Arbeitnehmer als ihre wichtigsten potentiellen Wähler lautstark zu Leistungsträgern, beschneidet ihnen aber mit rotgrünen Hartzreformen und rotschwarzer Arbeitsmarktflexibilisierung und Tarifpolitik die Arbeitsplatzsicherheit und die Erhöhung der Löhne. Während der SPD-Debatte zum Spitzensteuersatz im Dezember letzten Jahres konnte Kanzlerkandidat Peer Steinbrück es sich nicht verkneifen, seine Genossen zu warnen, nur moderat zu erhöhen, um die „Leistungsträger der Gesellschaft“ nicht zu verprellen. Wenn aber für Herrn Steinbrück nur die vom Spitzensteuersatz betroffenen Bürger Leistungsträger sind, dann sind doch alle darunter für ihn nicht so richtige Leistungsträger. Oder?

Ein Slogan der größten deutschen Bank lautet: „Leistung aus Leidenschaft“. Die hier gemeinte Leistung ist wohl eher jene zu Gunsten der Taschen des Vorstands, der Aktionäre und der Großkunden. In der Industrie, bei Warenhausketten und anderen Konzernen beschäftigt man immer mehr Minijobber und Leiharbeiter. Selbst magerste Tarifregelungen werden noch mit „Werkverträgen“ unterlaufen. Wer aber den Leuten kaum noch die Hälfte des Lohnes zahlt, kann natürlich gut ein paar Arbeiter mehr anstellen und die Statistiken schönen.

Andere lukrative Firmen wälzen verursachte Umweltschäden in Milliardenhöhe auf die Allgemeinheit ab. Sind die zweifelhaften Gewinne einfahrenden Manager deshalb aber schon Leistungsträger der Gesellschaft, oder eher das Gegenteil? Und was ist mit jenen, die in Finanzgeschäften machen, gar Spekulationsblasen selbst aufpusten, um beim Zerplatzen neue Millionen zu schnappen? Alles vornehme Leute in einschlägigen Aufsichtsräten mit glänzenden Beziehungen zur Politik.

Unsere wirklichen Leistungsträger, in sozialen Berufen, in kleinen Betrieben oder auch jene mit mittlerem Einkommen, die einfach nur den Anspruch an sich haben, ihre Arbeit gut zu machen und damit den Alltag am Laufen zu halten, werden solange schlecht gewürdigt, wie die Protzigen ständig im besten Licht erscheinen.

Es gäbe ja noch etwas, wo letztere mal zeigen könnten, dass sie wirklich Leistung bringen: Deutschland hat heute mehr als 2 Billionen Euro Schulden. Das Privatvermögen im Land ist knapp fünf mal so hoch, wobei der allergrößte Teil einer kleinen Gruppe gehört. Die ultimative Leistung dieser Leute wäre es nun, einem großen Lastenausgleich zuzustimmen und diese Schulden zu bezahlen. Zusammen mit einer wirklichen Schuldenbremse, die mehr als nur Absichtserklärung ist, würde unser Land dann fast 70 Milliarden PRO JAHR sparen, nämlich jene Summe, die für Zinszahlungen aufzubringen sind. In kürzester Zeit wären unsere Kommunen wieder handlungsfähig, bestünde wieder Spielraum, um den Millionen Leistungsträgern ohne finanzielle Polster die Löhne aufzubessern, für Anlagen zur autarken Energieversorgung, usw., usf. Dies wäre endlich ein grandioses, nachhaltiges Konjunkturprogramm ohne wenn und aber, eine wirkliche Leistung.

Weil jene „Leistungsträger“ derzeit aber auch die Hauptkreditgeber des Staates sind, würden ihnen diese 70 Milliarden Zinsen auch als Finanztransaktionsgewinne dauerhaft verloren gehen. Darf man dem Finanzadel eine solche doppelte Leistung überhaupt zumuten?

Über die eigentlich natürlichste Sache der Welt (Mai 2012)

Ein Merkmal unserer Gegenwart ist es, dass Verhältnisse, die eigentlich zur Natur von uns Menschen gehören, auf einmal nicht mehr gültig sind. Dies gilt mittlerweile auch für die „eigentlich“ natürlichste Sache, die Geburt. Für das Zur-Welt-Kommen eines Menschen hat die Natur, die Evolution oder die Schöpfung, egal aus welcher Sicht aus betrachtet, einen

eindeutigen Weg festgelegt. Zu diesem gehört in fast allen Weltkulturen das soziale Ritual der Geburtshilfe durch Hebammen. Ihr Beruf ist deshalb einer der ältesten und elementarsten überhaupt. Dennoch wird gerade er durch mehrere Faktoren immer stärker gefährdet.

1.) Sicherheitsfaktor: Natürlich verläuft eine Geburt nicht bei jedem Menschen ohne Komplikationen. Sind ernstere davon zu erwarten, muss die Geburt ein Gynäkologe leiten, bzw. sollte sie dort stattfinden, wo jener schnell zur Stelle ist. In Deutschland, das zeigen Studien und Statistiken, gibt es im Vergleich unterschiedlicher Geburtsumstände, also bei Hausgeburt, Geburt im Geburtshaus, der im Krankenhaus oder jener mit einem Gynäkologen, keine Unterschiede in der Kindstodrate. In Holland (Hausgeburtenanteil über 25 %, Deutschland nur gut 1,5 %), liegt einzelnen Studien zu Folge die Kindssterblichkeit um einige Hundertstel Prozent höher, als in den meisten westeuropäischen Ländern. Ob man die Zustände aber so einfach vergleichen kann, ist fragwürdig. Holländische Mütter sind durchschnittlich älter als deutsche. Frauen ethnischer Minderheiten mit Gewohnheiten, wie Rauchen während der Schwangerschaft, sind zahlreicher. Ein Kindstod in Deutschland kann sich aus der perinatalen Phase (7 Tage) durch Intensivbehandlung in die neonatale (8 bis 28 Tage) oder spätere Phase verschieben, also in eine andere Statistik, oder findet durch frühe Abtreibung gar nicht statt. Wieso ist die Sterblichkeit in Österreich höher, wo Hebammen noch weniger dürfen als in Deutschland, und erst Recht in den USA, wo es praktisch keine Hebammen gibt? Letztendlich führt dieses bürokratisch-statistische Zahlengefecht zur Verunglimpfung der natürlichen Geburt mit Hebammen und zur immer stärkeren Verunsicherung deutscher Frauen.

2.) Kostenfaktor: In den letzten beiden Jahren stieg die Haftpflichtversicherung für Hebammen von 1300 auf 4600 Euro an und soll noch weiter erhöht werden. Heute schon muss eine freie Hebamme als Unternehmerin mit einem Nettostundenlohn um 7,50 Euro auskommen, weniger, als ein ungelernter Müllarbeiter verdient. Angesichts dessen, was sie für die Frauen neben der eigentlichen Geburt noch leistet, - Geburtsvorbereitung, Umgang mit Rückenschmerzen, Schlaflosigkeit, möglichen Angstzuständen und Wehen, Atemtechnik, Wochenbettbetreuung, Stillberatung, Rückbildungsgymnastik, usw., also Zeit, Zuwendung und Zwiesprache, ja die ganze psychosoziale Versorgung auch Feiertags und rund um die Uhr, - ist diese Entlohnung blanker Hohn.

Gegenüber dieser gerade stattfindenden Zerstörung eines echten Frauenberufes klingt die moderne Diskussion für mehr Frauen im Berufsleben als pure Heuchelei. Seit etlichen Jahren schon arbeitet das Bundesgesundheitsministerium an einer Studie zur Arbeitssituation von Hebammen. Bald wird sich das Ergebnis erübrigt haben.

Was muss geschehen? Die Haftpflichtversicherung, die ja auch in Kliniken zur Einsparung von Hebammen führt, muss aus Steuermitteln bezahlt werden. Ein Staat, der den Kindersegen als unverzichtbar für die Zukunft der Gesellschaft hält, kann nicht jene zur Kasse bitten, die beim Kinderkriegen umfangreich Hilfe leisten. Die Krankenkassen müssen gezwungen werden, ihrer gesetzlichen Verpflichtung nachzukommen und Hebammen "ihrer wirtschaftlichen Situation gemäß angemessen" zu entlohnen. Derzeit noch können sie sich, wie auch beim Thema Altenpflegeentlohnung, hinter unmenschlichen Effizienzfantasien verstecken. Jetzt, wo gerade die enormen Kassenüberschüsse verteilt werden sollen, wäre der ideale Zeitpunkt.

Der Kaiserschnitt (Anteil derzeit schon bei 35 %) muss auf besonders schwierige Fälle beschränkt bleiben. Bei gesunden Frauen hat dieser überhaupt keine Vorteile, wohl aber oft Nachteile wie Verwachsungen im Bauch der Mutter oder Atemprobleme beim Kind, und er macht weitere medizinische Eingriffe wahrscheinlicher. Er verhindert den natürlichen Verlauf einer Geburt und behindert das Zustandekommen einer günstigen Mutter-Kind-Beziehung.

Außerdem ist er enorm teuer.

Geburt ist doch keine Krankheit (Weltgesundheitsorganisation) und erst recht nicht der Ernstfall wie eine Gebärmutterentfernung. Ein vernünftiger Spagat zwischen Vertrauen in natürliche Vorgänge und Gerüstetsein für mögliche Komplikationen, ist in Deutschland bisher misslungen. Wir haben nie da gewesene Geburtskosten, traumatische Klinikerlebnisse für die meisten Frauen, eine steigende Unverzichtbarkeit medizinischer Spezialisten samt Apparaten und Medikamenten und auch immer mehr dauergeschädigte und lebenslang pflegebedürftige Kinder. Fragen zum Sinn mancher Lebenserhaltungsmaßnahme sind nicht erwünscht.

Statt Schwangere zu ermutigen, sich mit einer Hebamme als ausgebildeter Spezialistin in Ruhe auf das in Wahrheit freudige Ereignis vorzubereiten, wird die Hebammenversorgung in Deutschland immer alarmierender ausgedünnt. Immer unerreichbarer wird die WHO-Forderung, dass jede Frau so gebären können sollte, WIE und WO sie es will. Und immer ferner rückt der Wunsch von Gesundheitswissenschaftlerinnen, dass „möglichst viele Frauen ihre Kinder mit möglichst wenigen Eingriffen bekommen sollen und sie diese Geburt als gute und sie stärkende Erfahrung erleben können“. Auch als Mann weiß ich, was dies heißt. Zwei unserer Kinder kamen als Hausgeburt zur Welt, und dabei waren nur Mutter, Vater und eine der wunderbarsten Frauen der Welt: unsere Hebamme.

Über die sogenannte Energiewende (Juni 2012)

Seit der Reaktorkatastrophe von Fukushima, als Kanzlerin Merkel plötzlich zur Einsicht kam, dass Atomkraft gefährlich ist, wird in Deutschland viel von der Energiewende gesprochen. Konkrete Vorstellungen dazu fehlen aber bis heute. Nur der angeblich notwendige Netzausbau für Strom aus Sonne und Wind wird häufiger zum Thema gemacht. Solarstrom aus Süddeutschland soll so besser in den Norden und Windstrom von der Küste besser in den Süden geleitet werden. Es geht um Fragen der Finanzierung des besagten Fernleitungsnetzes, seiner Organisation und seines Betriebs, und es geht um regionalen Widerstand gegen neue Strommasten und Eingriffe in die Landschaft.

Dabei müsste es eigentlich um etwas ganz anderes gehen: In den 1960/70er Jahren legte die Politik sich gegen den Rat unabhängiger Wissenschaftler auf Atomstrom und Strom aus den Klimakillern Öl, Kohle und Gas fest. Damit entschied man sich gleichzeitig gegen eine regenerative und nachhaltige, gegen eine regional organisierte und gegen eine ökonomisch langfristig sinnvolle Energieerzeugung.

Heute droht sich dieses folgenschwere Versäumnis zu wiederholen. Es wird nur darüber nachgedacht, wie sich der herrschende Bedarf eins zu eins ersetzen lässt. Energieverbrauchende Strukturen in Industrie und Haushalten und die Abhängigkeit von Stromkonzernen sollen bleiben, wie sie sind. Die sogenannte Energiewende ist also keineswegs eine Kehrtwende, sondern nur eine kleine grüne Kursabweichung.

Wollten wir tatsächlich in eine sichere und risikoarme Energiezukunft, müssten wir erstens unseren Energiebedarf radikal senken, zweitens die Energieerzeugung in erster Linie regional und vor Ort organisieren und drittens die Wirtschaft flexibel nach der Verfügbarkeit regenerativer Energie ausrichten, statt umgekehrt. Für die Bürger hieße dies, den Strom-, Brennstoff- und Kraftstoffverbrauch direkt zu reduzieren und auch jeglichen Konsum von Waren deutlich einzuschränken, die zur Herstellung, zum Transport, zum Gebrauch oder zur Entsorgung viel Energie verbrauchen. Für die Wirtschaft hieße dies, nicht nur energie- und rohstoffsparende Produkte, sondern ganz neue Produktivitäts- und Konsumkonzepte zu entwickeln.

Auch die menschliche Arbeitskraft ist eine regenerative Energie, die man wieder verstärkt einsetzen könnte. Den wirtschaftlichen Erfolg sollten Unternehmen ausschließlich durch die Qualität der Produkte, statt durch hohe Verkaufszahlen erzielen. Für die Politik hieße dies, sich endlich vom Modell sturen Wachstums zu verabschieden und einen schlüssigen gesetzlichen Rahmen für eine erheblich energiereduzierte Marktwirtschaft zu entwickeln. Diesen bräuchten wir nicht nur als klares Signal, an welchem sich Unternehmen dann verlässlich orientieren könnten, sondern auch, um Nachteile globalen Einflusses auf die deutsche Wirtschaft abzuwenden.

Zu einer wirklichen Energiewende gehört auch, dass die Energiepreise uns Verbrauchern endlich die wahren und vollständigen Kosten für unseren Energieverbrauch widerspiegeln. Bis heute zahlen wir die ökologischen Folgekosten, ebenso wie andere gesellschaftlichen Schadkosten nicht über unsere Stromrechnung, über die Tankkosten oder die Brennstoffrechnung. Wir zahlen dort, wo uns der Zusammenhang mit Energieverbrauch gar nicht klar wird. Eigentlich müsste der Staat nur das vollständige marktwirtschaftliche Prinzip bei den Energiepreisen einführen. Unsere daraufhin drastisch geänderte Nachfrage würde die Energiewende viel besser in eine nachhaltig günstige Richtung lenken, als sich dies alle Teilbereichsspezialisten ohne Gesamtüberblick derzeit ausdenken können.

Eine echte Energiewende ist untrennbar mit Änderungen in vielen Bereichen unseres gewohnten Alltags verbunden, ja neben Neuorientierungen vor allem auch mit Verzicht. Dies ist die schlechte Nachricht, die sich kein Politiker zu überbringen traut. Er würde dafür vom energiesüchtigen Volk zwar nicht mehr geköpft, wie im alten Persien, jedoch nicht mehr gewählt. Aber: Wollen wir nebelhaftes Gerede oder lieber jetzt mutige Entscheidungen? Wir sollten uns im gleichen Aufwasch nicht nur von der Atomkraft, sondern auch von den anderen Bedrohungen, Abhängigkeiten und Lebenslügen rund um das Thema Energie befreien.

Übers Bremsen und über Spaßbremsen (Juli 2012)

Stellen wir uns einmal folgende Situation vor: Ein vollbesetzter Bus befährt eine Straße, die bald an einem Abgrund endet. Der Fahrer ist nicht beunruhigt, weil sein Navi ihn führt. Die Insassen diskutieren, was denn zu tun sei. Die erste Gruppe, die das Navi stellt, meint, auf das Gerät sei Verlass, also weiter so. Die zweite Gruppe erkennt die Gefahr und widerspricht, man solle schnellstens bremsen und eine andere Route finden. Die dritte Gruppe schließlich, mit Abstand in der Mehrheit, bestimmt, wer fährt. Sie wählt stets einen aus der ersten Gruppe, weil man ihnen verspricht, sie könnten dann bequem sitzen bleiben. - Ist dies nur eine absurde Geschichte? Oder hat das alles, Bus, Abgrund, Fahrer, unterschiedliche Reisendengruppen mit dem wirklichen Leben zu tun? Ja ist die Szenerie gar das Spiegelbild unserer Realität?

1. Der finanzielle Abgrund: Gegen die europäische Schuldenkrise haben sämtliche Sparverordnungen und „Rettungsschirme“, außer ein wenig Zeitgewinn, nichts gebracht. Bloßes Sparen raubt in den Staaten der öffentlichen Hand und den Bürgern der Unter- und der Mittelschicht nur immer mehr Handlungsspielräume. Das andere Rezept, wirtschaftliches Wachstum herkömmlicher Art anzuregen, kann nur mit neuen Schulden bezahlt werden. Die USA etwa müssen für die Erzeugung von 1 Dollar Wachstum 2,5 Dollar Schulden machen, und in Euroland ist es kaum günstiger. Außerdem bleibt von solch nachfrage- und substanzlosen Strohfeuern kein brauchbarer Vorteil erhalten.

Die aktuellste EU-Schnapps Idee ist nun die „Fiskalunion“ (gemeinsames Budget, einheitliche Steuerpolitik und gemeinsame Staatsschuldengarantie). Das ist etwa so, als stünden in einem Tank mit langsam steigendem Wasserspiegel unterschiedlich lange Kerle und die großen würden beschließen, die kleinen auf den Arm zu nehmen. Ersaufen müssen trotzdem alle,

weil sie nicht rausklettern wollen.

2. Der ökologische Abgrund: Deutliche Meldungen dazu häuften sich in den letzten Wochen. Im April mahnten Wissenschaftler, der Klimakollaps könne durchaus auch ganz plötzlich passieren, statt sich über mehrere Jahrzehnte hinzuziehen. Anfang Mai forderte der Club of Rome mit dem „Report 2052“ abermals, die Grenzen des Wachstums endlich anzuerkennen. Auch im Mai zeichnete der WWF-Bericht „Living-Planet 2012“ ein dramatisches Szenario: ‚Wir leben dermaßen über unsere Verhältnisse, dass wir ab 2030 schon zwei Planeten bräuchten‘. Ebenso der jüngste Bericht des Worldwatch-Instituts zur "Lage des Planeten": ‚Die Plünderung der natürlichen Ressourcen setzt sich unvermindert fort‘. Im Vorfeld der Uno-Konferenz für nachhaltige Entwicklung in Rio haben im „Stockholm-Memorandum“ 20 Nobelpreisträger mit anderen hochkarätigen Wissenschaftlern an die Politik appelliert, "schleunigst und weitgehend" zur Bewahrung des Planeten zu handeln. Im Juni richteten alle bedeutenden Akademien der Wissenschaft in Europa, Nordamerika und Asien gemeinsam einen Appell an die Politik, endlich etwas gegen den „überbordenden Konsum“ der reichen Länder zu unternehmen. ‚Die Verschwendung natürlicher Ressourcen gefährde immer stärker die kommenden Generationen‘. Ähnlich äußerte sich UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon: Das Modell „Wohlstandssicherung durch gesteigerten Konsum“ sei tot, sagte er.

- War da was? Irgendwelcher Grund zum Bremsen? Die Rio-Konferenz ist nach Ansicht von Wissenschaftlern und Umweltorganisationen (zweite Gruppe im Bus) komplett gescheitert. Wenn es die Politik (erste Gruppe im Bus) nicht tut, könnten doch die deutschen Zeitungen die längst überfälligen Änderungen bürgerlicher Alltagsgewohnheiten zum Thema machen. Doch offenbar will man nicht als Spaßbremse daher kommen und den Verleger verärgern. Deshalb: „Bleiben Sie ruhig bequem sitzen!“ Stattdessen breitet man lieber zur „Eurokrise“ jeden Quatsch politischer Wichtigtuer aus und umgeht geschickt, nach der wirklichen Ursache beider Abgründe zu suchen.

Die wichtigste Frage lautet mit obigem Busbeispiel doch: Welcher Fahrer baut das Wirtschaftssystem (im Bus das Navi) radikal zu einem menschen- und „planetenverträglichen“ System um? Und: Wie lässt sich all das spekulierend, destabilisierend und umweltzerstörend um den Globus vagabundierende Überschusskapital wieder für die Volkswirtschaften des Planeten verfügbar machen?

Über Volksveräppelung am Beispiel „Energiesparlampen“ (August 2012)

Bei welcher politischen Entscheidung in den letzten Jahren hatten wir ein rundherum gutes Gefühl? Anders gefragt: Welches neue Gesetz kam NICHT mit dem Geschmack daher, es funktioniere nur kurzfristig, es sei stümperhaft durchdacht oder es sei gar nur zum Vorteil irgendwelcher mächtiger Interessengruppen auf den Weg gebracht worden?

Ein gutes Beispiel hierfür ist die Abschaffung der guten alten Glühbirne, welche Ende August mit dem Verbot auch der 40 und 25 Watt Lampen abgeschlossen ist. Was mussten wir uns nicht alles über angebliche Vorteile des Ersatzprodukts, der KompaktLeuchtstoffLampen (KLL), auch genannt „Energiesparlampen“, anhören? Lug, Trug und Wahrheit im Einzelnen:

Energiebilanz: Glühlampen würden mehr Strom verbrauchen, als KLL. Richtig ist, dass Glühlampen den größten Teil des Stroms in Wärme statt in Helligkeit umwandeln. Diese Wärme kommt dem ausgeleuchteten Raum direkt zu gute und kann von der Heizungsenergie abgezogen werden. In gängigen Häusern springt die Heizung seltener an. In hochgedämmten Passivhäusern können Glühbirnen rechnerisch sogar komplett die Heizung ersetzen.

Klimabelastung: Durch flächendeckende KLL in Haushalten könnten angeblich enorme Mengen Kohlendioxid eingespart werden. Richtig ist jedoch, dass global gesehen, dem Klima nicht ein Gramm CO₂ erspart bleibt. Sollten deutsche Stromkonzerne wirklich einmal weniger Gas, Öl und Kohle verbrennen, verkaufen sie übrig gebliebene Emissionszertifikate ins Ausland, wo dann entsprechend mehr in die Luft gepustet und verursacht wird.

Sparsamkeit: KLL verbrauchen angeblich pro Helligkeit weniger Strom. Erstens aber sind die Packungsangaben, etwa dass eine 15Watt-KLL genauso hell mache, wie eine 75Watt-Glühbirne, Betrug. Die realen Helligkeitswerte in Candela sind nicht mal halb so gut, wie uns erzählt wird. Zweitens lassen alle KLL im Laufe der Zeit in ihrer Helligkeit deutlich nach.

Haltbarkeit: Angeblich halten KLL acht mal länger. Richtig ist, dass die Haltbarkeit der Glühbirne von nur 1000 Stunden vor dem Krieg vom internationalen Glühlampenkartell festgelegt wurde, um mehr Birnen verkaufen zu können. Merkwürdig: Der Erfinder Dieter Binniger, der im Jahre 1991 seine Birne mit 150.000 Stunden Lebenszeit in Massen produzieren wollte, ist kurz vor Übernahme des alten DDR-Werks Narva mit dem Privatflugzeug abgestürzt. Im Übrigen hielten KLL in Dauertests nur 2000 Stunden.

Lichtwirkung, Gesundheit und Umwelt: Das wirklichkeitsfremde KLL-Kunstlicht mit hohem Blauanteil beeinträchtigt Nervensystem und Hormonhaushalt, erzeugt Zellstress und kann zu Brust- oder Prostatakrebs führen. Glühbirnenlicht dagegen entspricht in seinem Farbspektrum dem Sonnenlicht und dem des Feuers, also jenem Licht, an welches sich Organismus und Psyche über viele Millionen Jahre Menschwerdung angepasst haben. Sein Infrarotanteil, also die Wärmestrahlung, hat direkt heilende und vorbeugende Wirkungen. Bei KLL ist die schädliche Elektrostrahlung zwölfmal so stark wie bei einem Computermonitor. Eingeschaltet dünnen KLL ständig Phenol, Furane und andere teils krebserzeugende Schadstoffe aus. Beim Zerschlagen ist eine normale Glühbirne völlig ungiftig. Aus einer KLL dagegen steigt sofort Quecksilberdampf auf, ein hochtoxisches Nervengift. Über den Hausmüll entsorgt, vergiften ausgediente KLL Umgebungen von Müllverbrennungsanlagen und Deponien. In die Schadstoffsammlung gegebene KLL werden, statt recycelt, teilweise als Sondermüll endgelagert. Für die Herstellung von KLL werden z.T. seltene Erden gebraucht. Diese kommen aus China oder aus Bürgerkriegs- und Urwaldregionen. Die Gesamtökobilanz für die Produktion einer einzigen KLL ist weit schlechter, als die von 100 Glühbirnen.

Kurzum, wieder mal sind die Bürger, das Gesundheitssystem, die Umwelt und nachfolgende Generationen veräppelt worden. Nur die Lampenkonzerne machen fetten Profit. Auswege müssen wir uns mal wieder selber suchen. Zirkus Roncalli etwa hat 1 Million Glühbirnen gebunkert, um noch 10 Jahre angenehme Atmosphäre bieten zu können. Nach Aufbrauchen unseres Vorrats könnten wir die neu auf dem Markt erschienenen „Heatballs“ kaufen, offiziell ein Heizgerät. Es passt in eine Lampenfassung, sieht aus wie eine Glühbirne und leuchtet auch so. Und wir können es bei der nächsten Wahl mit den verantwortlichen Parteien ebenso machen wie mit dem Licht beim Verlassen eines Raumes: Ausschalten!